

Werner Krause, *Wirtschaftstheorie unter dem Hakenkreuz. Die bürgerliche politische Ökonomie in Deutschland während der faschistischen Herrschaft* (= Deutsche Akademie der Wissenschaften Berlin, Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Nr. 31), Akademie-Verlag, Berlin 1969, 247 S., brosch., 17 DM.

Werner Krause, bisher vor allem mit einer Arbeit über Werner Sombart (*Werner Sombarts Weg vom Kathedersozialismus zum Faschismus*, Berlin 1962) hervorgetreten, legt mit dieser Abhandlung eine Studie vor, die aus einer von der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst angenommenen Habilitationsschrift hervorgegangen ist. Auf gedruckten Materialien beruhend, bringt seine Untersuchung in keinem Punkt überraschende Neuigkeiten. Sie referiert ein Stück nationalökonomischer Dogmengeschichte, das mit dem realen historischen Prozeß nur vordergründig verknüpft wird. Auf weiten Strecken bleibt die Arbeit rein deskriptiv, ohne zu selbständig-kritischer Analyse vorzustoßen.

Im faktischen Detail ist Krause häufig ungenau. Angesichts der sehr zufälligen Literaturauswahl, auf die er namentlich seine Erörterung der nationalsozialistischen Propaganda vor 1933 stützt, verwundert das kaum. Die Abgrenzung vom Korporativismus Othmar Spanns datiert er zu Unrecht auf die Zeit nach der Machtergreifung, obwohl er aus der einschlägigen westdeutschen Literatur (vor allen R. H. Rämisch, *Die berufsständische Verfassung in Theorie und Praxis des Nationalsozialismus*, Diss. Berlin 1957) hätte entnehmen können, daß der Bruch im Prinzip bereits 1932 erfolgte. Der offiziöse NS-Ökonom Hans Buchner, der gegenüber Spann die »Suprematie der Politik« betonte, wird von Krause irrigerweise als Bewunderer des Wiener Universalisten dargestellt (S. 29 f.).

Die interessantesten Passagen des Werkes sind diejenigen, die das Titelversprechen einzulösen versuchen. Durchaus differenziert behandelt der Verfasser das Problem der Emigration und die unterschiedlichen Standorte der in Deutschland verbliebenen Nationalökonomien. Bei den letzteren war die Regel nicht der unverhüllte Kotau vor dem nationalsozialistischen Regime, sondern die schleichende Anpassung. Da die nationalsozialistische Führung eine eigene wirtschaftspolitische Konzeption nicht besaß, ökonomische Fragen vielmehr von Anfang an ihrem extrem-imperialistischen Eroberungsprogramm unterordnete, konnten wirtschaftswissenschaftliche Lehrmeinungen keine offizielle ideologische Reaktion erwarten. Daß ein Ökonom wie Hans Peter, der sich noch nach 1933 kritisch-differenziert mit Karl Marx auseinandersetzte, im »Dritten Reich« keine akademische Karriere machen konnte, ist freilich nicht überraschend. Die Rezeption des Hauptwerkes von J. M. Keynes (deutsch: *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, München und Leipzig 1936) wird von Krause mit wünschenswerter Ausführlichkeit behandelt. Die Resonanz war stark – kein anderes wirtschaftswissenschaftliches Werk erreichte zwischen 1933 und 1945 so viel Beachtung –, aber von einer praktisch-politischen Bedeutung wird man kaum sprechen können. Die mathematische Richtung der Wirtschaftswissenschaften war in Deutschland noch keineswegs die herrschende, und soweit das Regime sich im »deficit spending« übte, benötigte es dafür nicht die friedfertigen Begründungen des englischen Professors. Der organisierte Kapitalismus hatte ohnedies schon vor 1933 sehr viel plattere Rechtfertigungen gefunden.

Hitler ist für Krause offenbar nur der »Amtwaller des deutschen Monopolkapitals« (S. 54). Mit dieser auf der fatalen stalinistischen Fehleinschätzung des Faschismus beruhenden, verengenden und verharmlosenden Kennzeichnung versperrt sich der Verfasser eine historisch angemessene Analyse der Rolle einer »bürgerlichen« Wissen-

schaft im nationalsozialistischen Reich. Die spezifischen Voraussetzungen für die Kooperationsbereitschaft, die nach der Machtergreifung viele Ökonomen an den Tag legten, werden nicht diskutiert. Das Verhältnis von akademischer Wissenschaft und demokratischer Republik bleibt im unklaren. Da nur auf diesem Hintergrund die Entwicklung nach dem Untergang des Weimarer Staates voll verständlich würde, wiegt dieser Mangel schwer. Die politische Relevanz ökonomischer Theorien hätte anhand der Akten des Reichswirtschaftsministeriums, die im Deutschen Zentralarchiv in Potsdam liegen, überprüft werden können: der Verfasser scheint auf diesen Gedanken indes gar nicht erst gekommen zu sein. Methodologisch Meinecke näher als Marx, hat Krause kaum mehr getan als anzudeuten, wie interessant das Thema ist, dem seine Studie nicht gerecht wird.

Heinrich August Winkler

Walter Bernhardt, Die deutsche Aufrüstung 1934 – 1939. Militärische und politische Konzeptionen und ihre Einschätzung durch die Alliierten. Mit einem Vorwort von Michael Freund, Bernard & Graefe Verlag für Wehrwesen, Frankfurt 1969, 179 S., Kart., 24 DM.

Das unselige Vorwort Michael Freunds bestimmt leider den ersten Eindruck, den man von Bernhardts Arbeit, einer Dissertation, erhält: »Man hat sich immer gefragt, warum ein so wenig geschichtsmächtiges Gebilde wie das Dritte Reich – im großen gesehen war es ein epileptischer Anfall des deutschen Volkes – nur durch einen Weltkrieg beseitigt werden konnte. Es spricht nicht für die politische Kraft und Fähigkeit der Welt der 30er Jahre dieses Jahrhunderts – Carl J. Burckhardt sagt es in einem Brief an Hoffmannsthal –, daß ein so widersinniges und mit dem Kainsmal vergänglicher Narrheit gezeichnetes Regime nicht auf eine unmerkliche und überlegenere Weise erledigt wurde, daß ein so schrecklicher Holocaust, ein riesenhaftes Menschenopfer notwendig war [...].« Und so weiter. Ordinarielle Liederlichkeit beim Vorwortschreiben – das ginge noch hin. In diesem Fall scheint es aber so zu sein, daß die merkwürdigen und »fast philosophischen« Vorstellungen des Lehrers die ganze Arbeit seines Schülers verdorben haben. Denn Freund verfißt die These, daß die Alliierten wegen eines versäumten Präventivkrieges in der Zeit zwischen 1934 und 1939 einen Gutteil der Schuld am Zweiten Weltkrieg mitzuverantworten haben.

Und das muß Bernhardt beweisen. Er tut es, um es kurz zu sagen, fleißig und mit unzureichenden Mitteln. Zunächst einmal wären da eine Reihe von Mängeln in der Bearbeitung der Quellen aufzuzählen, zu denen er kurioserweise auch Memoiren zählt. Insgesamt ist nämlich die Basis viel zu schmal, um beispielsweise eine realitätsgerechte Einschätzung der britischen Politik gegenüber der deutschen Aufrüstung vorzunehmen. Anderes wird in einem erstaunlich unkritischen Maße benutzt, etwa die Rauschningschen Gespräche mit Hitler. Die Hossbach-Niederschrift avanciert zu einem »Protokoll« (S. 87), eine kleine, aber typische Ungenauigkeit.

Vom französischen Geheimdienst wird behauptet, er habe seinem Generalstab übertriebene und unwahrscheinlich erscheinende Angaben über die wachsende Stärke des deutschen Heeres übermittelt. Aber die Zahlen, die Bernhardt dann anführt, um das zu belegen, treffen die Wirklichkeit sehr genau (vgl. die in Kürze erscheinende Arbeit von H.-J. Rautenberg).

Schwerwiegender erscheinen jedoch Bernhardts grundsätzliche Überlegungen zu Hitlers Strategie. Nach der von Anbeginn an (sozusagen freiwillig, d. h. unter ordinarieller Anleitung) vorgenommenen Einengung der Themenstellung und seiner Ausrich-